

Kindertagespflege wird besteuert

Die Einkünfte aus der Kindertagespflege werden ab 1.1.2009 besteuert. Die Kindertagespflege ist, laut Gesetz, ein gleichwertiges Betreuungsangebot für Kinder, dass der Betreuung in Kindertagesstätten gleichgestellt ist. Die Besteuerung des Tagesmütter hat in den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu vielerlei Problemen geführt. Der Landesjugendhilfeausschuss hatte dazu die Pauschalsätze für die Betreuung in seiner Sitzung im März angehoben. Das Problem liegt darin, dass Tagesmütter, die mehrere Kinder über einen längeren Zeitraum betreuen, also höhere Einkommen aus ihrer Tagespflegetätigkeit gewinnen, nun steuerlich schlechter gegenüber denen, die weniger Kinder für weniger Stunden betreuen, gestellt sind. Hierzu gab und gibt es in nahezu allen Kreisen Diskussionen in den Jugendhilfeausschüssen. Viele Tagesmütter haben angekündigt ihre Betreuungsstunden reduzieren und nur noch weniger Kinder zu betreuen. Den Kommunen entsteht so ein Defizit beim Platzangebot, welches sie ausgleichen müssen. Mit einer Erhöhung der Pauschalsätze der Tagespflege, wie sie auch von Tagesmüttern selber gefordert werden, wird das Problem aber nicht gelöst, denn auf die höheren Pauschalsätze sind dann höhere Steuern zu zahlen. Eine Milchmädchenrechnung für die Tagesmütter, denn was seitens der Jugendämter an Pauschalsätzen und Sachkosten erhöht wird, wird durch den Fiskus eingezogen.

Zu überlegen wäre also, ob die Kosten für die Tagesmütter, bspw. für Fahrten zu den Kindern, über ÖPNV-Monatskarten getragen werden könnten. Freilich ist dies auch nur für Tagesmütter in größeren Städten praktikabel. Die Linke im Jenaer Stadtrat hat vorgeschlagen auch Weiterbildungen und Fixkosten für Räumlichkeiten als Entlastungen den Tagesmüttern zur Verfügung zu stellen.

Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Politisch ist die Betreuung von Kindern in Gruppen mit pädagogischem Personal die bessere Variante. Statt die dauerhaften Engpässe bei den Kindergartenplätzen mit Tagesmüttern zu überbrücken, kann man überlegen, ob nicht in bestehenden Kindertagesstätten neue Gruppen errichtet oder gänzlich neue Einrichtung eröffnet werden können. Die Linke hat immer den Grundsatz vertreten, dass Kinder andere Kinder brauchen. Im Kindergarten gibt es genau dafür die besten Voraussetzungen.